

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zur 100. vergleichende Prüfung „ Haushaltstruktur 2004: Landkreise

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss gestehen die Vorlage zur 100. vergleichende Prüfung hat mich etwas überrascht. Nicht wegen der Kürze der Zeit (Vorlage datiert 8.1.08, zugestellt 25.2.-Sitzung FA 3.3.08) ca. 550 Seiten durchzuarbeiten. Nein, überrascht deswegen, da wir diesen Punkt sehr ausführlich in der Kreistagsitzung am 12.3 2007 mit gegensätzlichen Meinungen behandelt haben. Sie, die „Mehrheitsfraktion“ von SPD und Grüne, sowie die Verwaltung stellten damals die Qualität der Untersuchung, den Nutzen der vergleichenden Prüfung mit den drei anderen Landkreisen sowie den Zweck der „berühmten“ Seite 459 in Frage. Schlagworte aus der damaligen Vorlage: „rein mathematisch und nicht fachbezogen vorgegangen; gesetzliche Vorgaben...bleiben dabei völlig unberücksichtigt; realitätsfremde Konsolidierungsvorgaben in den einzelnen Fachbereichen“, usw. Diese Aussagen sowie der Beschlussvorschlag „zur Kenntnis“ zeigte welchen Stellenwert den Ergebnissen dieser vergleichenden Prüfung damals zugeordnet wurde. Daher bin ich überrascht, dass man sich noch einmal damit beschäftigen will.

Die zweite Überraschung ergibt sich aus der Vorlage selbst. Erstmals während meiner Mitgliedschaft hier im Hause erkundigt sich die Verwaltung vorab, womit sie sich beschäftigen soll. Deutet sich hier eine neue Zusammenarbeit zur Verwaltungsspitze und Verwaltung ab? Die gerade aufkommende Freude wurde in der Sitzung des Finanzausschusses jedoch sofort getrübt. Die meinerseits vorgetragene Bitte, diese Vorlage aufgrund der kurzen Vorlagezeit, auch im Sinne einer qualitativen Entscheidung, erst in der übernächsten Kreistagsitzung zu behandeln, wurde von Ihnen Herr Landrat mit der Begründung abgelehnt, dass mit knapp einem Jahr wohl genug Zeit gewesen wäre, sich damit zu beschäftigen. Herr Landrat, ich muss gestehen Sie haben recht! Ein Vorwurf, der allerdings vor allem auf Sie und die Verwaltung zurückfällt. Denn es ist die Verwaltung, die knapp 1 Jahr brauchte, um einen Beschlussvorschlag vorzulegen, womit sie sich beschäftigen soll. Ein Beschluss, der erst gar nicht notwendig ist, denn in der HGO § 92 ist klar definiert: „Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.“ Ein gesetzliche Vorgabe, die zwangsläufig das Auseinandersetzen mit aufgezeigten Sparmöglichkeiten anmahnt. Diese ist unabhängig von der Aufforderung durch den Kreistag umzusetzen.

Die jetzt geforderte Eile sehen wir von der CDU derzeit nicht.

1. Wir können das Sparpotential nicht rückwirkend realisieren.

2. Man hat sich seit der Vorlage des Berichtes vom 8.11.2005 bis zur Kenntnisnahme im März 2007 viel Zeit gelassen.

3. Sicher wäre es bei der Beurteilung der heutigen Vorlage auch vorteilhaft, die Antwortschreiben auf das in der Vorlage Nr. 0552-2006 vom 31.10.06 angekündigten Schreiben an den Rechnungshof, den Hessischen Landkreistag, sowie das Regierungspräsidium Darmstadt zur Kenntnis zu erhalten. Mit diesem Schreiben sollte die Meinung der Verwaltung geklärt werden: „Aufgrund dieser realitätsfremden Konsolidierungsvorgaben in den einzelnen Fachbereichen und die den Rechnungshof nicht berücksichtigte erkennbare Abgrenzungsproblematik zwischen doppischer und kammeraler Haushaltsführung besteht Einvernehmen, dass die Ergebnisse der vorliegenden Prüfung sehr fraglich sind.“

Bisher liegt - zu mindest der CDU-Fraktion – nur die Genehmigung des RP vom 5.Mai 2007 zum Haushalt 2007 mit folgender Auflage vor:

„ Die Ergebnisse der 100.Vergleichenden Prüfung des Rechnungshofs sind, auch wenn nicht alle Feststellungen von Ihnen als zielgerichtet betrachtet werden, auf verwertbare Konsolidierungskomponenten hin zu überprüfen und als zusätzliche Maßnahmen in das Haushaltskonsolidierungskonzept einzuarbeiten. Ich erwarte, dass die Erkenntnisse im Haushaltsvollzug mit berücksichtigt werden.“

Liegt es vielleicht in diesen Erkenntnissen, dass sie meine Damen und Herren des Finanzausschusses von SPD, Grüne, FW ohne Erläuterungen alle Positionen als erledigt bzw. „nicht verfolgt werden“ einstufen. Wir von der CDU wollten es uns jedenfalls nicht so leicht machen. Wir von der CDU sehen einen erheblichen Beratungsbedarf, da selbst in der Vorlage dargestellt wurde: „Eine Komprimierung auf wenige übersichtliche Seiten kann deshalb jedes Thema nur anreißen.“

Einigkeit dürfte darüber bestehen, dass rückwirkend kein „Sparpotential“ umgesetzt werden kann. Um sich aber ernsthaft mit den aufgezeigten Wegen für Einsparungen und evtl. damit verbundenen

Organisationsveränderungen aus dem Vergleich mit den anderen Landkreisen zu beschäftigen, bedeutet einen tieferen Einstieg. Dieser ist von der Verwaltung unter Berücksichtigung der mittlerweile veränderten Faktoren wie Aufgabenzuordnung, Personalausstattung, Ausgliederungen aktuellere Vergleiche zu erstellen. Dies untermauert auch die Vorlage der Verwaltung, die besagt, „Unabhängig der Realisierungsmöglichkeit des ermittelten Einsparpotentials ist vorab aber schon festzustellen, dass von einem ermittelten Konsolidierungsbedarf von insgesamt 22,8 Mio. € lediglich 10,3 Mio. €, also 45 % des Konsolidierungsbedarfes zum Zeitpunkt der Prüfung aus eigenen Einsparpotentialen erreicht werden kann.“ Meine Damen und Herren 45 % oder ca. 10 Mio. € Einsparpotential scheint für mich schon ein Wert zu sein, den es sich zu untersuchen lohnt, um evtl. die finanzielle Belastungen der Städte und Gemeinden über die Kreisumlage bzw. Schulumlage zu senken.

Wie man der Vorlage entnimmt, hat man dies teilweise schon getan.

Daher kann ich auch der Aussage nicht zustimmen: „Ein ermitteltes Konsolidierungspotential aufgrund der „Gieskannenverteilung“ lässt derzeit keine Einzelmaßnahmen zur Umsetzung erkennen.“ Man hat die Maßnahmen erkannt und ist der Aufforderung des Berichtes bspw. auf Seite 30 gefolgt, wo festgestellt wurde, dass ein Restdefizit in Höhe von rund 12,5 Mio. €, nicht durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg aus eigener Kraft ausgeglichen werden kann.

Wie wir alle wissen, folgte man der Aufforderung auf Seite 30: „Zum Ausgleich des Restdefizits des Landkreises kann die Kreisumlage erhöht werden.“ und hat die Kreisumlage entsprechend dem „Gieskannenprinzip auf S. 459“ (Stufe 3) erhöht. Diese Erhöhung ist nicht punktuell wie bspw. bei der ÖPNV-Umlage, sondern wird zur allgemeinen Deckung des Defizits erhoben.

Und nicht nur das, man hat auch die Schulumlage umgestellt, die aufgrund des hohen Sanierungsstaus und den vorgesehenen hohen Investitionskosten zu höheren Umlagen für Städte und Gemeinden führt. Angesichts der knappen Redezeit, meine Damen und Herren will ich nicht näher darauf eingehen, warum sich meiner Meinung nach der eine oder andere in der Verwaltung schwer tut, sich mit dem aufgezeigten Sparpotential zu beschäftigen.

Beispiele für eine eingeschränkte Betrachtungsweise sind :

Punkt 1: Lt. Einzelbetrachtung wird ausgeführt: „Aus der Stufe 2 sollen insgesamt 90 T€ bei den Aufwendungen für Fraktionen eingespart werden.“ und verweist auf den Vergleich des Bestenwertes (Wetteraukreis). Schaut man in den Prüfbericht ist erkennbar, dass es sich hier um die Aufwendungen der politischen Steuerung handelt; d.h. um Aufwendungen für Stabsstellen, Stabstätigkeiten, Beiräte, Kommissionen, Fraktionen etc.. Die Prüfungsaussage: „Ein Vergleich mit den weiteren geprüften Landkreisen hinsichtlich der Aufwendungen war damit nicht möglich.“ fordert gerade zu einer tiefer greifenden Untersuchung heraus.

Punkt 2 : Hier ist in der Stufe 1 nicht ein Potential von 260 T€ sondern eben nur von 138 T€ ausgewiesen. Das vorgegebene Potential von 260 T€ bezieht sich auf die Stufe 3. Auf den Vorwurf eines Managementfehlers will ich hier nicht eingehen. Bemerkenswert ist, dass man bei der Auflistung den Blick nur auf die Rückabwicklung der Dezentralisierung der Zulassungsstellen bezieht.

Punkt 3 : Erscheint uns nicht weiter Verfolgungswert. Dies sollte als Thema zuerst mit den zuständigen Städten und Gemeinden erörtert werden, da diese nach der neuen Schulumlageberechnung zukünftig die Kostenträger sind.

Punkt 7 : Hier zeigt sich wieder deutlich, wie ernst man mit Untersuchungsergebnisse insbesondere defizitärer Einrichtungen umgeht. Es geht bei den Untersuchungen der Feststellungen nicht nur um „schwarz/weiß“, sondern auch um die Zwischentöne. Hier bspw. zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten, Steigerung des Auslastungsgrades etc.